

Mit Minikreisen gegen Blechlawine

Brügg Die Eröffnung des A5-Ostasts Ende Oktober wird direkte Auswirkungen auf den Verkehrsfluss in Brügg haben. Mit verschiedenen baulichen Massnahmen soll der Durchgangsverkehr auf die Autobahn verlagert werden.

Deborah Balmer

Die Kantonsstrasse in Brügg wird ab Mitte September umgestaltet. Das geplante Bauprojekt steht in direktem Zusammenhang mit der Eröffnung des A5-Ostasts am 27. Oktober und soll dafür sorgen, dass der Verkehr auf die Autobahn verlagert wird und nicht durchs Dorf rollt.

Was ist genau vorgesehen? Hauptmassnahme ist die Umgestaltung der Ortsdurchfahrt im Kernbereich sowie der Bau von drei Minikreisen bei den Kreuzungen Orpundstrasse, Poststrasse und Bahnhofstrasse. Weiter werden an verschiedenen Orten die Strassenbreite optisch verengt, der Strassenraum neu gestaltet und die Bushaltestellen hindernisfrei gemacht. Diese sogenannten verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfm) hat das kantonale Tiefbauamt gestern im Rahmen einer Medienorientierung im Restaurant Bahnhof in Brügg bekannt gegeben.

Remo Berger vom Tiefbauamt des Kantons und Projektleiter sprach im Zusammenhang mit den Kreisel von drei Hotspots: «Sie bilden eine Art Kernstück im Projekt. Beginnen werden wir mit dem Bau des Minikreisels bei der Einmündung auf der Poststrasse.» Dabei handle es sich, wie der Name sage, um kleinere Kreisel, weil der Platz für grössere ganz einfach fehle. Berger sagt weiter: Es gebe viel zu tun, «wir hoffen natürlich auf das Verständnis der Brügger und sind sicher, dass die Neugestaltung eine Aufwertung für das ganze Dorf bedeute».

Alle Massnahmen haben zum Ziel, die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit der Autos und Lastwagen zu reduzieren, den Verkehrsfluss herabzusetzen sowie die Verkehrssicherheit, besonders für Fussgängerinnen und Fussgänger, Velofahrer und Anwohner, zu verbessern. Gleichzeitig wird das Zentrum von Brügg gestalterisch aufgewertet (siehe Visualisierung). Eine Verbesserungserwartung auch der öffentliche Verkehr.

Autobahn macht attraktiv

Gemeindepräsident Marc Meichtry (Brügg for you) sagte gestern, er sei überzeugt, dass die Autobahn die Region attraktiver mache und deshalb auch mehr Verkehr generiere. «Die Gemeinden Aegerter, Schwadernau und Studen wachsen weiter – nicht zu

«Kreisel bilden Kernstück»: Der Bau des Kreisels an der Orpundstrasse beginnt im kommenden Frühling und soll den Verkehr auf die Autobahn bringen. Visualisierung und Foto: zvg



letzt auch, weil der Ostast möglich macht, dass man beispielsweise viel schneller im Berner Jura ist.» Das heisse aber auch, dass der Verkehr im Dorf Brügg zunehme. «Schon heute fahren die Autos aber teilweise mit hoher Geschwindigkeit durch die Gemeinde, das soll sich ändern.»

Dabei helfen sollen die verkehrlich flankierende Massnahmen: Die Bauarbeiten an der Poststrasse, die in der Woche vom 11. September beginnen, dauern bis Mitte Dezember. Während dieser Zeit wird der motorisierte

Verkehr teilweise umgeleitet oder im Einbahnsystem geführt.

Im kommenden Frühling werden dann die Arbeiten am Kreisel Orpundstrasse folgen. Diese wiederum dauern bis etwa im Sommer 2018. Anschliessend wird ab nächstem Sommer bis voraussichtlich im Winter 2018/2019 der neue Kreisel Bahnhofstrasse gebaut. Parallel dazu läuft ab Sommer 2018 die Neugestaltung des Strassenraums im Bereich der Bahnhofstrasse sowie zwischen den Kreiseln Post- und Bahnhofstrasse. Die gesamten Bauarbeiten

dauern bis etwa im Winter 2018/2019.

Mit dem Velo an den See

Nicht nur der Kanton plant verkehrlich flankierende Massnahmen, auch Brügg selber will damit die Verlagerung des Verkehrs auf die Autobahn unterstützen: Man will nun laut Meichtry abwarten, wie der Verkehr nach der Autobahneröffnung fließen wird und dann in den Bereichen Orpundstrasse sowie Post-/Neubrückstrasse/Erlenstrasse baulich reagieren, um «eine markante Ent-

lastung vom Verkehr zu erzielen». Unter anderem soll beim Bahnhof eine Begegnungszone entstehen. Meichtry sagte weiter, dass man auch den ÖV fördern wolle. «Viele vergessen, dass man mit dem Velo in wenigen Minuten am See oder am Zentralplatz in Biel ist.» Eine neue Buslinie von Brügg ins Bözingenfeld soll Brügger überzeugen, vermehrt den ÖV zu nutzen.

Mit den Stichworten «verkehrlich flankierende Massnahmen» weitere Artikel unter www.bielertagblatt.ch

Nidau hatte Hassprediger gemeldet

Biel/Nidau Die Gemeinde Nidau hat den Hassprediger Abu Ramadan 2012 dem Migrationsdienst des Kantons Bern gemeldet. Der Nidauer Sozialvorsteher Roland Lutz bestätigt die Echtheit eines gestern publik gemachten Dokuments.

Der in Nidau lebende Abu Ramadan war dem Nachrichtendienst des Bundes seit 2005 bekannt. Abu Ramadan trat in der Bieler Ar'Rahman-Moschee als Hassprediger auf, wie vergangene Woche publik wurde. «Der Imam war seit 2005 Gegenstand von Untersuchungen von Sicherheitsorganen, auch des Nachrichtendienstes», bestätigte Sprecherin Isabelle Graber einen entsprechenden Bericht des «SonntagsBlatts» zumindest teilweise.

Sie gab gegenüber dem «Journal du Jura» zudem präzisierend an, dass im Fall des Imams seit Ende 2016 eine Untersuchung der zuständigen Organe wegen des Verdachts auf Radikalisierung und wegen Aufruf zur Gewalt laufe.

Echtheit bestätigt

Zudem traten gestern Ungeheimheiten betreffend Aussagen von Roland Lutz (SVP) auf. Lutz ist Sozialvorsteher in Nidau und hatte am vergangenen Freitag im BT Berichte von «Tages-Anzeiger» und SRF dementiert, wonach die Gemeinde Abu Ramadan beim Migrationsdienst des Kantons Bern gemeldet habe, um die Niederlassungsbewilligung des Sozialhilfebezügers überprüfen zu lassen. In einem Bericht der «Basler Zeitung» ist nun aber von Dokumenten die Rede, die belegen würden, dass die Sozialen Dienste Nidau Abu Ramadan sehr wohl beim Migrationsdienst des Kantons Bern gemeldet hätten.

Damit konfrontiert, sagte Lutz gestern, er habe seine Aussage vergangenen Donnerstag guten Gewissens gemacht, da er «keine Kenntnis von diesen Dokumenten» gehabt habe. Das hat sich inzwischen geändert. Lutz gesteht ein, dass der zitierte Brief echt sei, da ihm dieser inzwischen vorliege. Der Brief sei von seinem Vorgänger Ralph Lehmann (FDP) und dem damaligen Vorsteher der Abteilung Soziale Dienste, Andreas von Wartburg, gezeichnet. Nach Sichtung des Briefs sagt Lutz, er sei froh, dass dieser publik gemacht worden sei, «er zeigt, dass die Sozialen Dienste ihre Arbeit mehr als gut gemacht haben».

Dossier 20 Zentimeter dick

Doch wieso hatte die Gemeinde Nidau vergangene Woche keine Kenntnis davon, dass 2012 die Überprüfung der Niederlassungsbewilligung von Abu Ramadan beim Kanton beantragt wurde, da dieser ein Langzeitbezüger von Sozialhilfe war und keine Integrationsbemühungen zeigte? Lutz verweist auf die personellen Wechsel auf der Abteilung und das Dossier, welches 20 Zentimeter dick sei. Die Sozialen Dienste und auch er persönlich hätten dieses zwar nach Bekanntwerden des Falls gesichtet. Weil die Akte des Hasspredigers so umfassend sei, habe eine detaillierte Durchforstung aber noch nicht stattfinden können.

Einblick genommen in das Dossier hat am vergangenen Freitag auch die kantonale Gesundheits- und Fürsorgedirektion. Diese habe laut Lutz kontrollieren wollen, ob die Gemeinde im Fall Abu Ramadan in der Führung des Dossiers alles korrekt gemacht habe. Der Bericht, so Lutz, stehe noch aus. Lino Schaefer

Neuer Elan zur Unterstützung der französischen Bevölkerung

Romands Nachdem Moutier beschlossen hat, in den Kanton Jura zu wechseln, will sich der Bernjurassische Rat vermehrt für die Region einsetzen.

Der Bernjurassische Rat (BJR) und der Rat für französischsprachige Angelegenheiten des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (RFB) haben sich am 21. August zu ihrer gemeinsamen Plenarsitzung seit der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit von Moutier. Die Räte haben dabei die wichtigsten derzeitigen Herausforderungen für die Region und die französischsprachige Bevöl-

kerung erörtert. Sie haben ausserdem beschlossen, ihre enge und regelmässige Zusammenarbeit im Interesse der französischsprachigen Bevölkerung und der kantonalen Zweisprachigkeit fortzusetzen. Sie unterstreichen in diesem Zusammenhang, wie wichtig es sei, die bestehenden Institutionen weiter zu stärken, und rufen dazu auf, nach der Abstimmung von Moutier die Arbeiten zur Umsetzung des Projekts «Status quo plus» voranzutreiben.

95 000 Französischsprachige Mit dem Wegfall Moutiers verliert der Kanton Bern einen Bevölkerungsanteil von rund 7000 Personen, wovon die meisten französischsprachig sind. Es verbleiben aber immer noch rund

95 000 Französischsprachige im Kanton, das sind rund zehn Prozent der Bevölkerung (Statistik 2015), die vor allem im Berner Jura, in Biel und Umgebung sowie in der Region Bern leben.

Laut RFB und BJR muss diese zahlenmässig leicht geschwächte Bevölkerung umso mehr mitwirken und ihre Stärken und Interessen geltend machen können. Dies bedinge, dass die Region zusammenrücke und dass der Kanton die bestehenden Institutionen, namentlich den BJR, den RFB und das Forum für die Zweisprachigkeit, stärke.

Der RFB und der BJR haben darauf hingewiesen, dass wichtige Teil des «Status quo plus» bereits umgesetzt wurden oder demnächst umgesetzt werden.

Bei wirtschaftlichen Entwicklungsprojekten im Berner Jura oder im Jurabogen (NRP) sowie bei grenzüberschreitenden Interreg-Programmen ist der BJR mittlerweile ein wichtiger Partner des Kantons.

Grösserer Wirkungskreis

Das Personal des BJR wurde aufgestockt, namentlich mit dem Amtsantritt eines BJR-Kulturbereitschaften sowie einer stellvertretenden Generalsekretärin. Der RFB wurde in Bezug auf sein Personal und seine Befugnisse im Bereich der Kultur ebenfalls gestärkt: Ab Juni 2018 wird sein Wirkungskreis auf alle 19 Gemeinden des Verwaltungskreises Biel-Bienne erweitert, womit die Zweisprachigkeit und die franzö-

sichsprachige Bevölkerung in der Region Biel besser berücksichtigt werden können.

Andere Teile des Projekts «Status quo plus» befinden sich noch in der Warteschleife, da ihre Umsetzung aufgrund der Mehrarbeit seitens des Kantons im Zusammenhang mit der Abstimmung über die Kantonszugehörigkeit von Moutier zurückgestellt werden musste. Für den RFB und den BJR muss es nun vorwärtsgehen. Sie werden sich an die Kantonsbehörden wenden, um das weitere Vorgehen festzulegen. Nachdem ihre Entwicklung jahrelang durch die Jurafrage blockiert war, soll die Region nun nicht weiter durch die Folgen der Abstimmung von Moutier gebremst werden. mt